

Niederschrift

über die 62. Tagung des Bauausschusses der Stadt Haldensleben am 11.09.2013, von 17:00 Uhr bis 18:10 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zimmer 123)

Anwesend: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 14.08.2013
4. Unterhaltung von Gehwegen im Stadtgebiet
5. Mitteilungen
6. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil:

7. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 14.08.2013
8. Ordnungsmaßnahme - Vorlage: 094-H(V.)/2013
9. Private Bauvorhaben
10. Mitteilungen
11. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil:

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 4 Ausschussmitglieder und Frau Doreen Schmidt, sachkundige Einwohnerin, anwesend. Stadtrat Guido Henke wird von Stadtrat Josef Franz vertreten.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Um zu entscheiden, ob der TOP 8 von der Tagesordnung abgesetzt wird, möchte Ausschussvorsitzende Regina Blenkle wissen, ob es bezüglich der Vorlage HA 094-H(V)/2013 zwei Eigentümer oder nur einen gibt.

Das spiele für die Entscheidungsfindung keine Rolle, so Bauamtsleiter Krupp-Aachen, es soll ein städtebaulicher Missstand beseitigt werden.

Auf der einen Seite handelt es sich um ein Grundstück, das sich im Privatbesitz befindet, und auf der anderen Seite geht es um die Stadtmauer, die der Stadt Haldensleben gehört. Es gibt zwei unterschiedliche Eigentümer. Ausschussvorsitzende Regina Blenkle stellt den Antrag, den TOP 8 von der Tagesordnung abzusetzen und die Verwaltung zu beauftragen, zwei separate Beschlussvorlagen zu erarbeiten. Die Stadtmauer gehört der Stadt.

Fiskalisch sei es irrelevant, ob die Stadt Haldensleben oder der Eigentümer des Grundstückes Gärhof 23, auf dem sich die Stadtmauer befindet, die Sanierung der Stadtmauer durchführt. Wenn die Stadt die Stadtmauer sanieren würde, müsste sie sich eine Genehmigung vom Grundstückseigentümer einholen. Insofern sollte man das Angebot, wie es im Antrag formuliert wurde, annehmen, meint Bauamtsleiter Krupp-Aachen.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle hält an ihrem Antrag auf Absetzung des TOP 8 von der Tagesordnung fest und lässt darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 3 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Über die vorliegende Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Damit wird nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 14.08.2013

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 14. August 2013 bestehen keine Einwände.

zu TOP 4 Unterhaltung von Gehwegen im Stadtgebiet

Bauamtsleiter Krupp-Aachen führt aus, dass es im Bauausschuss in regelmäßigen Abständen von den Stadträten Hinweise gab, dass insbesondere Gehwegabschnitte, die noch aus der Zeit von 1990 und davor stammen, sich in einem schlechten Zustand befinden. Die Verwaltung habe immer mitgeteilt, dass versucht werde, die Schäden im Rahmen der Möglichkeiten zu beseitigen. Es wurden auch regelmäßig Reparaturarbeiten durchgeführt, aber um das Problem dieser noch aus DDR-Zeiten stammenden Platten einmal zu verdeutlichen, habe die Verwaltung ein paar Bilder vorbereitet, exemplarisch für eine Vielzahl von Straßen, die im Stadtgebiet noch mit solchen Materialien belegt sind und nahezu alle in einem ähnlichen Zustand sind. Z. B. sehe man bei der Althaldensleber Straße, dass hier zu große Fugenbreiten vorhanden sind, wodurch der Radfahrer ins Schlingern geraten kann, es gibt Untergrundschwierigkeiten, d.h., die Platten sind nicht in einem grundhaften Ausbau verlegt worden. Häufig sind relativ starke Sandschichten verwendet worden, die eine Bewegung im Plattenbett möglich macht. Die Randeinfassungen sind extrem überaltert und durch ein nicht ordnungsgemäßes Setzen der Rückenstützen in Bewegung geraten. Damit entstehen Verwerfungen. Durch die immer stärker werdenden Wurzeln des vorhandenen Altbaumbestandes wurden die Randeinfassungen komplett weggedrückt, es entstehen dann einerseits Senken und zum anderen hebt sich das Plattenmaterial stark an. Es wurden zwar immer wieder Reparaturmaßnahmen durchgeführt, aber im Laufe von 3, 4 Jahren entstehe im Grunde genommen das Problem erneut.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling kommt hinzu, somit sind 5 Ausschussmitglieder anwesend.

Erich-Grün-Straße: hier gibt es Tragfähigkeitsprobleme, da offensichtlich des Öfters Fahrzeuge auf dem Gehweg fahren, es entstehen dadurch Senken, die bei Regen Pfützenbildungen nach sich ziehen. Die Platten sind teilweise gebrochen und es sei relativ schwierig, überhaupt noch Ersatz dafür zu bekommen.

Bahnhofstraße: Die Platten befinden sich fast in der vollständigen Auslösung, sie zerbröseln, fallen auseinander, weil das Material von der Qualität her nicht so gut war. Exemplarisch könne man dafür auch die Gerikestraße, Althaldensleber Straße, Erich-Grün-Straße, Rottmeisterstraße und die Alsteinstraße, insbesondere im Teilabschnitt zwischen der Bahnhofstraße und der Schulstraße, nennen.

Die Reparaturarbeiten, wie derzeit auch in der Bahnhofstraße, seien immer nur partielle Lösungen und wenn man sich die Straßen in einer größeren Fläche ansieht, müsse man sagen, dass Reparaturen im Grunde genommen nicht viel bringen.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle denke, dass jeder die Situationen der vom Bauamtsleiter aufgeführten Gehwege kenne. Was ist denn die Konsequenz daraus?

Konsequenz sei, so Bauamtsleiter Krupp-Aachen, dass den Stadträten klar sein müsse, dass die Gehwege aus der Zeit vor 1990 nur mit einer Komplettsanierung auf einen Stand gebracht werden können, wie das heute erwartet werde. Das gehe einher mit Ausbaubeiträgen, die für diese Maßnahmen von den Anliegern erhoben werden müssen. Die Verwaltung habe Vorbereitungen getroffen für die Alsteinstraße. Der Ausbau ist für 2014/15 geplant. Der Rest der Bahnhofstraße bis zum Bahnhof ist für die Jahre 2014, 2015, 2016 vorgesehen. Für den Jungfernstieg und für die Althaldensleber Straße habe die Stadt eine Förderung aus dem Entflechtungsgesetz

beantragt. Ob und wann Fördermittel bereitgestellt werden, müsse abgewartet werden. Wie bereits erwähnt, sollen die Alsteinstraße und die Bahnhofstraße 2014/15/16 saniert werden, aber für die darüber hinaus betroffenen Straßen wird es nach wie vor in den nächsten Jahren immer wieder diese Schäden geben, wie er sie gezeigt habe und man werde mit der Situation leben müssen.

In den vergangenen Jahren wurden beispielsweise der Gehweg Gerikestraße teilsaniert, Kosten 7.500 €. Darüber hinaus wurden zwischen Rottmeister Straße und Niendorfer Weg 5.000 €, für die Alsteinstraße 4.800 €, 1.600 € und 1.700 € ausgegeben, für die Gerikestraße 700 € und 2.100 € für die Plattenwegbereiche in Auftrag gegeben. Damit sei jedoch das Problem nicht beseitigt; dies lasse sich nur beseitigen, indem ein grundlegender Ausbau vorangetrieben wird, bei dem die Anwohner zu beteiligen sind.

Die Frage der Ausschussvorsitzenden, ob es eine derartige Erfassung auch für die Ortsteile gibt, verneint Bauamtsleiter Krupp-Aachen.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle schlussfolgert, dass es noch keine konzeptionelle Gesamtübersicht gibt und entsprechend auch keinen Maßnahmenplan bis auf die Maßnahmen, die Bauamtsleiter Krupp-Aachen heute vorgestellt hat, so dass man das Problem eigentlich nicht in Gänze betrachten kann. Das sei ein unbefriedigender Zustand, weil es sicherlich auch in den Ortsteilen ähnliche Probleme gibt. Die Ortsteile und die Bereiche, die nicht explizit gefördert werden, sollten nicht schlechter gestellt werden und nach 23 Jahren sei es doch wohl auch an der Zeit, hier eine etwas größere Schwerpunktsetzung vorzunehmen.

Stadtrat Manfred Blume vermisste bei den von der Verwaltung heute aufgeführten Gehwegen die Bornsche Straße (Abschnitt vom Kreisel bis zur Jugendherberge). Dieser sei in einem schlimmen Zustand und werde von vielen Bürgern und Besuchern der Jugendherberge genutzt.

Die Gehwege, die heute vom Bauamtsleiter angesprochen wurden, seien keine abschließende, sondern nur eine beispielhafte Darstellung gewesen. Dezernent Otto denke, dass die Situation der Gehwege allgemein bekannt ist. Es würde uns nichts nützen, eine Mitarbeiterin für ein solches Konzept für 1 Jahr zu binden. Die Verwaltung wisse worauf der Fokus liegen muss, aber auf der anderen Seite wisse man auch, dass man nicht innerhalb eines Zeitraumes von 1, 2, 3 Jahren alles abarbeiten könne. Man müsse schon sehen, wo am dringendsten Handlungsbedarf besteht und versuchen, zeitnah Mittel in den Haushalt einzustellen und dort wo es möglich ist, Fördermittel zu beantragen. Was die Ortsteile anbelangt, sei zu sagen, dass über Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung in den Ortschaftsräten diskutiert werde. Ein Ausschussmitglied ist gleichzeitig Ortsbürgermeister. Dieser wisse genau, was in seinem Ortsteil im Argen liegt. Dezernent Otto habe aber auch in Erinnerung, dass, wenn es darum geht, konkrete Ausbaumaßnahmen vorzusehen, es dann in dem Augenblick schon gleich wieder ganz anders aussieht. Dann sind die Anlieger häufig der Auffassung, dass ein Ausbau überhaupt nicht nötig sei, weil sie wissen, dass sie Ausbaubeiträge bezahlen müssen. Wenn die Verkehrssicherheit nicht gegeben ist und die Reparaturkosten in keinem Verhältnis stehen, müsse gehandelt werden. Ein Konzept könnte erarbeitet werden, aber dieses Konzept wäre notwendigerweise auf lange Zeit anzulegen, weil man die Maßnahmen nicht in 1 oder 2 Jahren abarbeiten kann. Das Konzept müsste ständig fortgeschrieben werden und dann weiß man aber noch nicht, wann man für welche Straßen auch tatsächlich Gelder zur Verfügung habe. Und wenn man Fördermittel erhält, muss man die Maßnahme kurzfristig vorziehen und durchführen. Seines Erachtens sollte weiter so verfahren wie bisher, das Ärgste zu beheben. Man sollte die Gehwege unter Kontrolle behalten, auf Hinweise reagieren und dann entscheiden, welche Straßen/Gehwege wann saniert werden.

Wichtig sei es nach Auffassung der Ausschussvorsitzenden, erst einmal das Problem in seinen Ausmaßen zu erfassen, denn wenn man das Problem nicht genau abgrenzen und einschätzen kann, sicherlich gehört dazu auch eine Fortschreibung, wie will man dann dieses Problem angehen, wie will man es in die mittel- und langfristige Planung einstellen. Dann werde es doch immer nur Flickschusterei bleiben. Sie seien nicht nur Stadträte für die Stadt Haldensleben, sondern auch Stadträte für die Ortsteile. Die Position der Fraktion FW/pro Althaldensleben ist, dass man sehr wohl ein Gesamtkonzept erarbeiten sollte, um einen kompletten Überblick zu erhalten über das, was in den nächsten Jahren ansteht und dass man sich dann zusammen darüber auch Gedanken machen kann, wie wolle man das Problem angehen, in welcher Dimension könne es überhaupt angegangen werden und was sind für weitere Bedingungen notwendig.

Frau Schmidt interessiert, ob die Althaldensleber Straße, die auch oft als Schulweg genutzt wird und gleichzeitig auch der Weg zum städtischen Friedhof ist, in der Planung vorgesehen ist. Zudem sei im Innovationszentrum die Frage gestellt worden, was passiert mit den alten Platten, die noch in Ordnung sind. Können diese nicht für die Containerstellplätze genutzt werden?

Diese Platten lassen sich nicht wieder verwenden, merkt Bauamtsleiter Krupp-Aachen an.

Wenn Containerstellplätze neu hergestellt werden, dann sollten diese wenigstens 30 Jahre halten und das wäre mit den alten Platten nicht gegeben, ergänzt **Dezernent Otto**.

Stadtrat Manfred Blume sehe das ebenfalls so. Die Platten haben ihren Altersprozess erreicht. Diese liegen 30, 40 Jahre, teilweise sind sie noch aus dem Jahre 1966.

Auch **Stadtrat Ralf W. Neuzerling** meine, dass es nicht sinnvoll sei, diese Platten wieder zu verwenden. Wenn jemand daran Interesse für private Zwecke habe, könnten diese ohne Gewährleistung demjenigen zur Verfügung gestellt werden. Aber er müsse grundsätzlich dem beipflichten, was die Ausschussvorsitzende zum Gesamtkonzept ausgeführt habe. Herr Krupp-Aachen sprach davon, dass die Stadt finanzielle Mittel benötige. Wenn man auf unsinnige Maßnahmen wie z.B. den Tunnelneubau verzichten würde, hätte man die finanziellen Mittel zur Verfügung und könnte Dinge umsetzen, wovon die Bürger etwas haben, wie z. B. Ausbau von Gehwegen. Man könne verschiedene Ansichten haben, aber man sollte darüber nicht lachen.

Man könne den Tunnelneubau nicht mit der Instandsetzung von Gehwegen in Verbindung bringen, erwähnt **Dezernent Otto**. Es können nicht Drittgelder, die für den Tunnelneubau und der B 245 geplant sind, für die Gehwege verwendet werden, zumal mehrheitlich die Bürger der Auffassung sind, dass die Maßnahme für den Verkehr und für die Standzeiten vor der Bahn wichtig sei und durchgeführt werden sollte. Aber das hat nichts damit zu tun, dass die Fußwege in einen ordnungsgemäßen Zustand versetzt werden müssen und dass das mit Eigenmitteln und mit Ausbaubeiträgen, die zu erheben sind, erfolgen müsse. Bei der Alsteinstraße sei mehrmals mitgeteilt worden, dass die Verwaltung versuchen wolle, Drittmittel einzusetzen, um damit die Hürde möglichst niedrig zu halten. Bei Fördermitteln müsse man immer auf die Bewilligung warten, bevor eine Umsetzung der Maßnahme erfolgen kann. Insoweit nütze eine Konzeption relativ wenig.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle möchte wissen, woher **Dezernent Otto** diese Umfrageergebnisse habe, dass eine „Mehrheit der Haldensleber Bürger den Tunnel möchte?“ Sie kenne noch nicht einmal den Beschluss, der den Bürgermeister 1995 legitimiert hätte, einen solchen Vertrag abzuschließen. Er möchte bitte nicht so tun, als wenn der Tunnel nur mit Drittmitteln gebaut werden würde. Hier sei bereits ein großer Teil der städtischen Haushaltsmittel bei der Planung eingeflossen. Mit diesem Geld hätten schon etliche Gehwege saniert werden können.

Fördermittel einsetzen zu wollen sei sinnvoll, diese dürfen aber nicht nur in die Innenstadt fließen, sondern es müssen auch die Ortsteile Berücksichtigung finden. Bei dem demographischen Wandel, der sich vollzieht, müsse auch dafür gesorgt werden, dass sich in den Ortsteilen insbesondere die älteren Menschen fußläufig gut fortbewegen können. Von daher sollte nach Meinung von **Stadtrat Ralf W. Neuzerling** das, was **Ausschussvorsitzende Regina Blenkle** gesagt hat, auch berücksichtigt werden.

Es werde der Eindruck vermittelt, als wenn in den Ortsteilen der Zustand der Gehwege schlecht wäre, merkt **der Bauamtsleiter** an. **Stadtrat Ralf W. Neuzerling** und **Ausschussvorsitzende Regina Blenkle** vereinen dies sofort. Das sei nicht der Fall, so **Bauamtsleiter Krupp-Aachen**. In der Regel sind dort die Gehwege in einem guten bis sehr guten Zustand. In Althaldensleben gibt es Schwerpunktbereiche, die im Zusammenhang mit dem integrierten Handlungskonzept noch einmal detailliert beleuchtet wurden. Hier müssen beispielsweise der Dam-mühlenweg, die Kleine Straße und die Brunnengasse saniert werden. Die Stadt hoffe, mit dem Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ auch für diese Projekte Drittmittel zu bekommen. Darüber hinaus wurde seit vielen Jahren die Strategie verfolgt, dass zuerst die am häufigsten genutzten Verkehrswege saniert werden und dann die weniger frequentierten Bereiche, abhängig von den Möglichkeiten des Einsatzes von Drittmitteln. Und hier helfe kein Gesamtkonzept, was für viel Geld erarbeitet werden müsste, zumal man auch wisse, dass die Stadt sowieso jedes Jahr nur Geld für die Sanierung von 2 Straßen/Gehwegen habe. Aktuell müssen wir die Bahnhofstraße und die Alsteinstraße machen.

Stadtrat Rüdiger Ostheer möchte die Ausführungen von **Bauamtsleiter Krupp-Aachen** bestätigen. Im Rahmen der Haushaltsdiskussionen werde über die Maßnahmen diskutiert, die durch die Verwaltung vorbereitet wurden und wenn die Stadträte meinen, die Maßnahme mache keinen Sinn, können sie andere Vorschläge unterbreiten.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle beendet den Tagesordnungspunkt mit dem Satz: Wie weit die Stadträte mit ihren Vorschlägen kommen, das sehe man jedes Mal im Stadtrat.

zu TOP 5 Mitteilungen

- 5.1. Bauamtsleiter Krupp-Aachen teilt zur Beschilderung Dammühlenweg, die Frau Schmidt angesprochen hatte, mit, dass es eine verkehrsrechtliche Anordnung für die zusätzliche Beschilderung des Dammühlenweges in dieser Form (zeigt er anhand eines Bildes) gibt.

Frau Schmidt halte den Standort der Beschilderung für ungeeignet. Diejenigen, die vom Kreisel aus kommen, sehen dieses Schild auch nicht, weil es mehr Richtung Adlerplatz steht. Es fahren nach wie vor LKW in den Dammühlenweg herein und sie wissen dann nicht, wie sich verhalten sollen.

Wie bereits erwähnt, wollte die Verwaltung das Problem in der Sperrkommission ansprechen und beantragen, auf der Landesstraße eine Vorwegweisung vorzunehmen, teilt Dezerent Otto mit. Die untere Straßenbehörde, als zuständige Behörde, habe dies abgelehnt. Deshalb habe die Stadt als örtliche Straßenverkehrsbehörde auf der Gemeindestraße, die der Dammühlenweg ist, ein Verkehrsschild aufgestellt, was möglicherweise nicht ideal aber doch besser ist, als es vorher der Fall war. Dass es trotzdem immer einmal wieder vorkommen wird, dass Kraftfahrer, die sich auf ihr GPS verlassen, dort hereingeführt werden, ist sicherlich ärgerlich, aber es dürfe auf der Landesstraße kein Schild aufgestellt werden. Dies wurde, wie gesagt, 2 Mal schriftlich abgelehnt.

(Stadtrat Bodo Zeymer kommt 17.40 Uhr hinzu – 6 Ausschussmitglieder anwesend.)

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle bittet, die schriftlichen Ablehnungen dem Protokoll beizufügen.

Frau Schmidt meint, dass bei Straßensperrungen eine Kontrolle erfolgen sollte. Sie musste sich selber auf die Straße stellen, damit das Teil, was neu aufgesetzt wurde, erst einmal richtig aushärten konnte. Von der Polizei habe sie die Aussage erhalten, dass dafür kein Personal zur Verfügung stehe. Zudem frage sie sich, wieso Herr Zimmermann die Straßensperrung bekannt gegeben habe, obwohl die Verwaltung ausgeführt habe, dass die Stadt nicht für die Straße zuständig sei. Es könne nicht Sinn und Zweck der Sache sein, dass sie sich selbst auf die Straße stellen musste. Man hätte dafür sorgen müssen, dass die Sperrung ordnungsgemäß eingehalten wird. Überall findet man die Politessen vom Ordnungsamt, aber bei solchen Sachen nicht. Viele Bürger seien maßlos darüber verärgert gewesen.

Dezerent Otto führt dazu aus, dass Sperrungen die Landesbehörde oder der Landkreis als untere Straßenverkehrsbehörde veröffentlicht, aber dies wird häufig nicht wahrgenommen. Deshalb informiere die Stadtverwaltung zusätzlich; aber sie müsse nicht darüber informieren. Das habe nichts damit zu tun, dass es eine Landesstraße ist und hier das Land die zuständige Behörde ist. Auch der Landkreis kann die Polizei nicht zwingen, Polizisten abzustellen, die die Einhaltung der Durchfahrbeschränkungen kontrollieren. Wenn die Polizei sagt, sie habe Wichtigeres zu tun, müsse man das akzeptieren. Was den Einsatz der Politessen betreffe sei zu sagen, dass die Stadt hier keine Handhabe habe. Es ist der Polizei allein vorbehalten, den fließenden Verkehr zu regeln. Die Stadt könne nur den ruhenden Verkehr kraft Gesetzes kontrollieren. Das eigentliche Problem seien die Kraftfahrer, die sich nicht an die Regeln halten. Bei Verstößen sollte man am besten das Kfz-Kennzeichen aufschreiben, den Betroffenen anzeigen und dann als Zeuge zur Verfügung stehen.

Als drittes Problem möchte Frau Schmidt erneut die Hinzenbergstraße ansprechen. Auch hier dürfen die LKW nicht hereinfahren. Das erste Verbotsschild steht jedoch erst in Höhe des Friedhofes, d.h., die LKW können nicht mehr wenden und müssen ihre Fahrt fortsetzen.

Die Verwaltung habe einen Antrag an die Sperrkommission gestellt, das Verbotsschild zu versetzen. Die verkehrsrechtliche Anordnung dafür liegt noch nicht vor, so Bauamtsleiter Krupp-Aachen.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle unterbreite den Vorschlag, einmal Vertreter der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises zu einer Ausschusssitzung einzuladen, um über diese Themen, die sich schwerpunktmäßig auf Althaldensleben konzentrieren, zu diskutieren und vielleicht auch gegenseitig ein besseres Verständnis füreinander entwickeln zu können.

zu TOP 6 Anfragen und Anregungen

- 6.1. **Stadtrat Bodo Zeymer** wisse, dass im Wirtschafts- und Finanzausschuss mitgeteilt wurde, dass der Fördermittelbescheid für die Sporthalle Zollstraße vorliegt und ab November der Spielbetrieb dort eingestellt werden müsse. Er dachte, die Verwaltung informiert den Bauausschuss entsprechend.

Dezernent Otto bestätigt, dass der Fördermittelbescheid vorliegt. Herr Dreyer sei augenblicklich bestrebt, die Vorbereitungen zu treffen und mit den Vereinen zu sprechen, wie während der Bauzeit verfahren werden könne. So wie es aussieht, werde ab Mitte November in der Sporthalle kein Spielbetrieb mehr möglich sein. Die Verwaltung werde sich bemühen, als Ersatz die städtischen Hallen, die Landkreishallen und auch die Halle in Süplingen mit einzubeziehen. Herr Dreyer werde in der nächsten Sitzung des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses einen Plan vorlegen, der dann auch mit den Vereinen abgestimmt sein soll.

Die **Ausschussvorsitzende** macht Stadtrat Bodo Zeymer darauf, dass das nicht in den Bauausschuss gehört, wogegen **Stadtrat Bodo Zeymer** erklärt, dass das aber eine Baumaßnahme sei und **Dezernent Otto** darauf antwortet, dass es dann zur Vergabe in den Bauausschuss kommt.

- 6.2. **Stadtrat Josef Franz** weist darauf hin, dass das Fundament der Brücke Pastorgasse von Seiten der Magdeburger Straße zum wiederholten Male unterspült ist. Sein Vorschlag wäre, dass der letzte halbe Meter gepflastert wird und den Überlauf direkt über das Fundament in die Garbe zu leiten.

Die Verwaltung werde sich dies vor Ort ansehen, merkt **Bauamtsleiter Krupp-Aachen** an.

Regina Blenkle
Ausschussvorsitzende

Protokollführer